Ausgabe für Groß-Berlin
Abendblatt

10 Pfennig.

Deutsche Allgemeine Zeitung

Mittwoch, 31. Dezember 1924.

Chefredakteur: Professor Dr. Paul Lensch. Schriftleitung und Verlag Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 32—37. Fernsprecher Amt Nollendorf 4783—88, 6969—88. Postschek Berlin Nr. 107941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Monatl. Bezugspreis 4.35 Gm. in Berlin durch Boten

Tägliche Rundschau

Bank-Konto: Darmstädter und Nationalbank, Depositenkasse Berlin SW. 68, Friedrichstraße 46. Bei unverschuldeter Nichtlieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0.40 Goldmark für 28 mm breite Millimeter-Zeile. Bedarfsanzeigen werden nach besonderem Tarif berechnet.

31. 12. a Nr. 615 10 Pfennig
63. Jahrgang.

Drei Brüder Barmat verhaftet.

Ausdehnung des Kutisker-Skandals.

Die Untersuchungen in der Kutisker-Affäre haben ein erstes vorläufiges Resultat gezeitigt. W. T. B. teilt mit:

Durch die Sichtung des Materials im Kutisker-Konzern hat sich eine Beteiligung des bekannten Barmat-Konzerns herausgestellt. Die Staatsanwaltschaft hat deshalb sämtliche, dem Barmat-Konzern angehörenden industriellen Unternehmungen herren lassen und die Gebrüder Barmat verhaftet. Es handelt sich um Julius, Salomon und Henry Barmat. Julius ist der älteste der Brüder, Isaak, sich aufzuhalten Berlin befindet.

In der heutigen Morgenpresse haben sich wiederum Stimmen gefunden, die die Affäre Kutisker zum Beweis dafür auszuschlachten sich bemühten, daß das Beamtenregime des alten Reiches vor Korruption nur so gestrotzt habe, und daß es der eiserne Besen der Republik sei, mit dem man das Großreinemachen begonnen werde. Glück zu dieser Fahrt der Dummheit und der Niederträchtigkeit und viel Vergnügen in den Niederungen, in die eine solche Betrachtungsweise führt! Es muß außerordentlich peinlich für diese Federhelden sein, daß wenige Stunden, nachdem ihre Elaborate zu Papier gebracht worden sind, die alten wiedergegebene Wolffmeldung herauskommt, die sie, wie wir annehmen möchten, doch nicht gut verschwiegen können.

Man erinnert sich, daß vor einiger Zeit von der „D. A. Z." einige Fragen zur öffentlichen Beantwortung gestellt wurden, die sich mit den Beziehungen des Barmat-Konzerns zur preußischen Staatsbank und mit seinen Verhältnis zur Sozialdemokratischen Partei befaßten. Diese Fragen sind unseres Wissens nicht beantwortet worden, wenigstens bis jetzt nicht.

Man erinnert sich ferner, daß es die sozialdemokratische Presse vor einiger Zeit für nötig fand, in der Barmat-Sache Stellung zu nehmen. Der Genosse Heilmann veröffentlichte im „Vorwärts" einiges über seine Beziehungen zum Barmat-Konzern in Form einer Mitteilung an seine Parteigenossen:

Seit, nicht, Jahren bin ich mit Julius Barmat eng befreundet. Er, andere Parteigenossen und der kommunistische Abgeordnete Wilhelm Koenen verkehrten gern in dessen „Gastfreiem Hause". Um die Kredite des Barmat-Konzerns habe er sich nie gekümmert und niemals über Kredite für Barmat mit irgend jemand verhandelt. Aber Herr Heilmann gibt zu, daß er Aufsichtsratsstellen im Barmat-Konzern bekleide, die ihm aus Freundschaft angeboten und von ihm aus Freundschaft angenommen seien. Aufsichtsratstantiemen oder sonstige Vorteile materieller Art habe er bisher daraus nicht gezogen. Frage: Was für Gründe liegen diesem Verhältnis zugrunde, das Herr Heilmann als das eines aus Freundschaft übernommenen Aufsichtsrats für Barmat-Unternehmungen bezeichnet? Welche Gründe liegen dafür vor von seiten Heilmanns und welche von seiten Barmats?

Der Sohn des Reichspräsidenten Fritz Ebert war im Barmat-Konzern zwei Monate lang tätig; wie es heißt, mit dem Aufbau eines sozialpolitischen Referats für eines der Unternehmungen beauftragt. Er ist aus dem Barmat-Konzern ausgeschieden. Wir stellen das fest, ohne zunächst Folgerungen daran zu knüpfen.

Der frühere Direktor der Preußischen Staatsbank Fülwig trat vor einigen Monaten aus der Staatsbank aus und ging zum Barmat-Konzern über, in dessen Hypothekenabteilung er tätig war. Er ist vor etwa 14 Tagen aus dem Barmat-Konzern wieder ausgeschieden. Nach Annahme der Staatsanwaltschaft trifft ihn zusammen mit Direktor Ruhe die Hauptschuld für den Schaden, der der Preußischen Staatsbank aus den Geschäften mit Kutisker erwachsen ist.

Der Amtliche Preußische Pressedienst hat gestern abend die Meldung verbreitet, daß am Sonntag oder Montag zwei neue Verhaftungen noch ansteheinde neue bemerkenswerte Vorkommnisse zu erwarten seien. Der Amtliche Preußische Pressedienst hat sich als mitteilungsfreudiger Amtsstelle erwiesen. Er stützt sich auf den „Bericht des die Untersuchung führenden Oberstaatsanwalts". Hat also der Oberstaatsanwalt Interesse daran gehabt, vorzeitige Beunruhigung nicht aufkommen zu lassen? Hat sich die neue Wendung so plötzlich ergeben? Oder hat der Amtliche Preußische Pressedienst ein gewisses Interesse daran, abzuwiegeln?

Der Barmat-Konzern umfaßt das Kölsch-Burger Eisenwerk, dem wiederum eine Reihe anderer Werke angegliedert worden sind, und dessen Beteiligungen sich über die verschiedensten Unternehmungen erstrecken, den Amexima-Konzern, die I. Roth Aktiengesellschaft Berlin, eine Reihe von Banken und schließlich die Allgemeine Garantiebank A. G. Berlin. Kürzlich wurde ein großer Aktienpaket der Preußischen Hypothekenbank in Berlin von ihm übernommen. Es hat dann auch Teile des Kellner-Konzerns an sich gezogen.

Neujahrsempfang beim Reichspräsidenten.

Am Neujahrstag um 12 Uhr findet beim Reichspräsidenten Ebert ein Empfang des diplomatischen Korps statt. An dem Empfang nehmen der Reichskanzler Marx und Außenminister Dr. Stresemann teil. Der Dekan des diplomatischen Korps Nuncius Pacelli wird auf die Ansprache des Reichspräsidenten antworten. Anschließend an den Empfang des diplomatischen Korps werden, dem Reichskanzler die Minister und Staatssekretäre der Reichsregierung dem Reichspräsidenten die Glückwünsche zum neuen Jahr überbringen. Daran anschließend werden das Präsidium des Reichstags, die Vertreter des Reichsrats und die Chefs der Heeres- und Marineleitung empfangen.

Die heutige Botschafterkonferenz.

Formulierung des Vertragsbruchs.

st. Paris, 31. 12. (Eigenbericht.)

Die Botschafterkonferenz tagt heute. Die Uebereinstimmung scheint aus vielleicht nicht ganz sicher gestellt; denn auf Ersuchen des englischen Botschafters, der Herriot gestern besucht hat, ist die Versammlung der Botschafter von vormittag auf nachmittag 3 Uhr vertagt worden.

Heute 9 Uhr findet ein französischer Kabinettsrat statt, dem um 11 Uhr ein Ministerrat unter dem Vorsitz Doumergues folgt. Gestern hat das englische Kabinett beraten. Die Instruktionen an den Botschafter Crewe sollen um 7 Uhr abends in Paris eingetroffen sein. Dies dürfte der Anlaß des Besuches Crewes bei Herriot gewesen sein.

Zu dem Besuch v. Hoeschs bei Herriot meint „Oeuvre", dieser Besuch sei zwecklos und das Reich täte besser, sich mit dem Eindruck zu beschäftigen, daß die Nichterfüllung der Versailler Pflichten auf die Alliierten ausüben müsse.

Der Inhalt der Note.

st. Paris, 31. 12. (Eigenbericht.)

Als Inhalt der Note ergibt sich aus den Morgenblättern und den Agenturberichten übereinstimmend folgendes:

1. Die Alliierten bringen die Beweise, daß Deutschland die militärischen Pflichten nicht erfüllt hat und sie bis zum 10. Januar nicht mehr erfüllen kann.

2. Die Alliierten müssen den Hauptbericht der Kontrollkommission abwarten, welcher feststellt, daß Deutschland bei Ausführung der militärischen Bedingungen Versprach auf die Vorteile des § 1 des Vert. 429 besitzt.

Reuter spricht noch von einer zweiten Note, die feststellen soll, wie sich die Alliierten verhalten würden, wenn Deutschland den Bedingungen von Versailles getreu entsprechen würde. Zu diesem kann aber der englische Standpunkt mit den Grundsätzen der französischen Regierung immer noch übereinstimmen, denn es kann nicht oft genug betont werden, daß die französische Politik von Herriot persönlich geleitet wird und daß kein einziges Blatt — auch „Information" nicht — die Ansicht des französischen Ministerpräsidenten kennt.

Der englische Standpunkt durchgedrungen?

mrk. London, 31. 12. (Eigenbericht.)

Soweit man hier die Dinge zu übersehen glaubt, herrscht die Ansicht vor, daß die Botschafternote, an der übrigens von seiner Seite etwas geändert sein dürfte und bei der Gegenstand der gestern im Foreign Office und im Kriegsministerium stattgefundenen Beratungen bildete, heute kaum mehr Berlin erreichen dürfte. Allem Anschein nach handelt es sich bei dieser Note lediglich um eine kurze Erklärung, die feststellt, daß ein endgültiger Beschluß über die Räumung Kölns nicht vor Vorlage des Endbericht gefaßt werden könne, die Besetzung also so lange hinausgezogen werden müsse. Wahrscheinlich werde die Note die deutschen Verhältnisse nicht andeuten, geschweige denn sie in allen Einzelheiten anführen.

Eine derartige Fassung der Note würde erkennen lassen, daß der englisch-italienische Standpunkt durchgedrungen ist, der sich auf den Schlußbericht einstellte.

Ob der endgültige Text der Note nochmals an die alliierten Regierungen zur Genehmigung zurückgeht, scheint ebenso wenig festgestellt, wie die Art ihrer Uebermittlung nach Berlin, ob b. ob sie dem deutschen Botschafter in Paris oder von den alliierten Botschaftern eingeln in Berlin übergeben wird.

Keine Einzelliste der Verfehlungen.

London, 31. 12. (T. U.)

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" berichtet, daß der von der Botschafterkonferenz gebilligte Entwurf Kriegsschuldcharakteristisch sei. Aus diesem Grunde habe man wohl auch endgültig davon Abstand genommen, der Note eine Liste beizulegen, die auf Grund des Friedensberichts der Kontrollkommission die einzelnen Punkte der deutschen Verfehlungen enthalten sollte. Es sei keineswegs so wahrscheinlich, wie es vor zwei Tagen noch den Anschein gehabt habe, daß der Text der Preliminarnote in seiner endgültigen Form die Beschuldigung enthalten werde, daß sich Deutschland ernsthafte Verfehlungen des Vertrages habe zu schulden kommen lassen, da weder die englische noch die italienische Regierung die Folgen einer derartigen Erklärung, die nicht auf dem vollständigen Bericht der Kontrollkommission fußen, auf sich nehmen wollten. Man hofft, daß die Gesandten in Paris heute noch einigen von den beteiligten Regierungen vorgeschlagenen Verbesserungen zu einem Abkommen gelangen. Der Absendung der Note nach Berlin solle der Text nochmals den Ministern in London zur endgültigen Zustimmung vorgelegt werden.

Stresemann an die Auslandspresse.

st. Paris, 31. 12. (Eigenbericht.)

Die gestrige Rede Stresemanns vor dem Vertreten der ausländischen Presse in Berlin (siehe unten Die Red.) wird von den meisten Blättern ziemlich ausführlich wiedergegeben. Die Ansichten sind darüber geteilt, wen Stresemann als eigentlichen Feind Deutschlands bezeichnet. „Matin" bezeichnet die Haltung des Außenministers als aggressiv und anmaßend.

*

Reichsaußenminister Dr. Stresemann hatte den Vertretern der ausländischen Presse u. a. folgendes erklärt:

Noch den Bestimmungen des Versailler „Vertrages" könne eine Verlängerung der Besetzung der Kölner Zone nur dann in Betracht gezogen werden, wenn ernstliche Gerüchte Deutschlands gegen den „Friedensvertrag" vorgekommen wären. Nun habe man die angeblichen Verfehlungen Deutschlands hieraus über die Genehmigung zum Vorwand genommen, um eine Hinausgerung der Räumung der Kölner Zone zu begründen. Deutschland sei aber im großen und ganzen vollständig entwaffnet, selbst wenn, wenn da und dort einzelne kleinere Verstöße gegen die Entwaffnungsbestimmungen, die bei einem Sechsigmillionenvolk doch vorkommen können, gefunden worden seien. Von französischer Seite sei gegen eine Verzögerung der Räumungsfrage mit der Ausführung des Dawes-Gutachtens Einspruch erhoben worden. Dies sei nach seiner Auffassung völlig unrichtig. Denn wenn Deutschland nur ein finanzieller und wirtschaftlicher Attlord gewesen wäre, so hätte auch die Ruhrräumung nichts mit diesen Verhandlungen zu tun haben dürfen. Die deutsche Delegation habe aber von vornherein gefordert, daß die Frage der Ruhrräumung diskutiert werde. Ebenso hänge auch die Räumung der Kölner Zone eng mit der Ausführung dieses Gutachtens zusammen. Es gehe einfach nicht an, daß die wenigen Rechte, die Deutschland aus dem „Friedensvertrag" noch übrig geblieben seien, durch eine Politik, wie sie jetzt in Paris begonnen werden solle, zunichte gemacht würden und für Deutschland nichts als Pflichten übrig blieben.

Das Jahr 1924 bedeutete für das deutsche Volk eine tiefe und starke Verstimmung, eine gewaltige Entspannung der innerpolitischen Lage. Eine Politik, wie sie jetzt in der Frage der Räumung der Kölner Zone begonnen werde, bedeute aber für das deutsche Volk eine

unerwartete und grenzenlose Enttäuschung

und schaffe eine ernste politische Lage in Deutschland. Die Konsolidierung im Innern, die sich besonders durch den starken Rückgang der extremen Parteien bei den letzten Wahlen charakterisierte, derohte lediglich darauf, da im gangen deutschen Volke die Empfindung herrsche, daß es, wenn es auch unter Schwierigkeiten, endlich vorwärts gehe und Deutschland wieder eine Zukunft vor sich habe. Die vernünftigen Leute in Deutschland verlaren damit den Boden unter den Füßen und die Extremen gewannen wieder Oberwasser.

Das Material, das der deutschen Regierung über

die angeblichen Verfehlungen

bis jetzt zugegangen sei, wäre außerordentlich gering. Wenn z. B. der Vorwurf gemacht wird, die Reichswehr sei ein Staat im Staate, und der General v. Seeckt könnte sich jedoch Zwanzigmal aufschwingen, so müsse jedoch doch fragen, was General v. Seeckt mit seinen 100 000 Mann und vielfach so tatsächlich eine Auseinandung zwischen der Reichswehr und dem deutschen Volke eingetreten? Diese Entfremdung ist doch nicht anderes als die Folge der Bestimmungen des Versailler „Friedensvertrages", der uns ein Sonderheer aufgezwungen und das einst von Scharnhorst geschaffene Ehre jedoch ein alle Bevölkerungsschichten des Vaterlandes dienten, zerschlagen habe. Ein anderer Vorwurf, den man uns macht, ist die angebliche Militarisierung der Schutzpolizei. Niemals könne die deutsche Regierung die Forderung auf Entsicherung der Schutzpolizei gestatten. Das würde bedeuten, daß wir den Wachtdienst in der Grenzzone von links und von rechts Vorschub leisteten.

Anstatt des offenen Konflikts, dem die deutsche Regierung durch eine solche Politik unmöglich stützen und der auch die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und den alliierten Ländern auf anderen Gebieten gefährden könnte, fordere sie Verhandlungen über alle Meinungsverschiedenheiten, besonders über die Erzgebirgs- und 1900 Kontrollbesuche, damit die Vorwürfe geprüft werden könnten.

Wiederaufnahme der Wirtschaftsverhandlungen.

st. Paris, 31. 12. (Eigenbericht.)

Gestern haben die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen wieder begonnen. Die deutschen Delegierten sind eingetroffen. Die Verhandlungen wurden, wie die Delegation mitteilt, zwischen den Herren Trendelenburg und Arnauld aufgenommen. Die Besprechungen der Sachverständigen beginnen Anfang Januar. „Homme libre" behauptet sich mit den deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen, und zwar mit der Lebensfrage der französischen Eisen und Kohle. Das Blatt erwartet die Wiederaufnahme der Verhandlungen, deren Hauptziel die Meistbegünstigung sei. Der Abschluß sei einfach unerläßlich, da Deutschland vor dem Kriege jährlich 5 Millionen Tonnen Eisen und das zweite oder dritte Exportland der Welt werden. Aber es geht die Kohle und der Koks. Vorläufig geringe zwar einigermaßen das Saargebiet. Obwohl Frankreich heute, daß es immer so bleiben werde, müsse auch für das Gegenteil vorgesorgt werden, denn die Jahre vergingen rasch. Darin liege der Keim einer deutsch-französischen Zusammenarbeit.

Die Wünsche der Lederindustrie.

fr. Mailand, 31. 12. (Eigenbericht.)

In Mailand hat eine Versammlung der Interessenten der Leder- und Pelzindustrie stattgefunden, in der im Hinblick auf die Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland stärkere Zollschutz für die italienische Industrie gefordert wird. In Deutschland bestand ein Vertzoll von 45%, in Italien dagegen von nur 9%. Außerdem sei es angebracht, die Lebensfristungen zu verhindern, wie es auch schon in Frankreich geschehen sei.

Der „Lole" berichtet aus Berlin, daß die Handelsvertragsbesprechungen am 1. Januar nach Rom zurückreise. Damit entfallen die von Paris aus verbreiteten Gerüchte, daß der Wiederaufnahme der Verhandlungen Schwierigkeiten entgegenstünden.

st. Paris, 31. 12. (Eigenbericht.)

Bei deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen sind die nächste Vollsitzung Freitag nachmittag fest. In erster Linie wird über Leder gesprochen werden.

Schuldenkonferenz am 6. Januar.

Der amerikanische Botschafter bei Herriot.

st. Paris, 31. 12. (Eigenbericht.)

Gestern war am Quai d'Orsay der Tag der Botschafter, denn nach dem deutschen und englischen Vertreter kam der amerikanische. Selbstverständlich handelte es sich um die Schuldenfrage. Der amerikanische Botschafter Herrick berichtete den Ministerpräsidenten hinsichtlich der amerikanischen Absichten, und dieser versicherte ihm, daß Frankreich seine Schulden begleichen wolle. Eine Haas-Depesche hatte gestern gemeldet, Amerika wolle eine förmliche Anfrage an Frankreich wegen prinzipieller Anerkennung seiner Schulden richten. Es wie also 6. Januar keine Behandlung der Frage. Laut „Radio" wäre aber England eine solche wünschen, und Herr Churchill werde daher von dem aus der Londoner Zeit her bekannten englischen Finanzkontrolleur Sir Otto Niemeyer begleitet sein.

„Echo de Paris" benutzt den Anzeichlick, um seinen Standpunkt zu präzisieren. Dieser besteht

1. darin, daß die Ziffern neu geprüft werden sollen, und zwar unter Berufung auf eine Aeußerung des Amerikaners Baruch, des Staatssekretärs Wilsons vom Dezember 1921. Wilson soll angeregt haben, das amerikanische Kriegsmaterial den Franzosen zu überlassen, die als erfahrene Krieger es besser zu verwerten wüßten, als die amerikanischen Neulinge. Daraus folgert „Echo", daß Franzosen an Stelle von Amerikanern gesyert wurden, und es sei ungerecht, jetzt Frankreich begehlen zu lassen.

2. Einräumung aller Vorteile, die der Dawes-Plan Deutschland einräumt, auch für Frankreich, jedoch ohne die Kontrolle, denn Frankreich sei Sieger und habe nicht Bankerott gemacht.

„Echo" schließt, indem es von den Amerikanern Geduld verlangt, aber man dürfe nicht Unmöglichkeiten von Frankreich fordern. „Petit Journal" bringt abermals eine Aufstellung der französischen staatlichen Forderungen an andere Staaten im Betrage von etwas mehr als 15 Milliarden Goldfranken; davon 6½ an Rußland, 3 an Belgien, 1¾ an Jugoslavien, etwas mehr als eine Milliarde an Rumänien und fast 900 Millionen an Polen.

Frankreichs Zahlungspflicht anerkannt.

Eine Erklärung Clémenteis und ein Memorandum Herriots.

Paris, 31. 12.

Dem Besuch des amerikanischen Botschafters Herrie bei Herriot wird in diesigen politischen Kreisen außerordentliche Bedeutung beigemessen. Man ist nunmehr davon überzeugt, daß der Jahresanfang eine große amerikanisch-französische Aussprache bringen wird. Die alliierten Schulden und insbesondere über die französischen Schulden an Amerika bringen wird. Die Haltung des von Clémenteau aufgestellten Schuldenvaterers ist unbedingt. Nicht mit der man das ganze Schuldenproblem in französischen Kreisen betrachtet, nur noch erhöht.

Clémenteau hat nun zur Präzisierung seines Standpunktes einem Vertreter des „New York Herald" gestern abend lange Erklärungen über die Schuldenfrage abgegeben, in denen er u. a. sagte, er habe niemals die Absicht gehabt, eine Annullierung der Kriegsschulden vorzuschlagen; er sei lediglich auf eine derartige Lösung zu sprechen gekommen, und daran hinzuweisen, daß ein Teil der französischen öffentlichen Meinung eine solche für richtig halte. Niemals aber sei er als Vertreibiger eines solchen Vorschlages aufgetreten. Gang im Gegenteil versichere er kategorisch, daß Frankreich nicht die Absicht gehabt habe, irgendeinen Teil seiner Schulden oder Verpflichtungen zu umgehen, und daß es seine Unterschrift stets als bindend angesehen habe. Die Annahme des Prinzipien des Dawes-Planes habe Frankreich die Sicherheit, daß ihm für die Rückzahlung seiner Schulden ein Moratorium auf lange Frist gewährt werden würde.

An die gestrige Demarche des amerikanischen Botschafters bei Herriot, über die im übrigen keine eingehenden Informationen vorliegen, knüpft man lediglich die Hoffnung, daß die amerikanische Regierung eine vertrauliche und wirdige Behandlung der Schuldenfrage wünsche, um einer Erhöhung der öffentlichen Meinung durch Veröffentlichung weitschweifiger Noten zu entgehen. Ferner heißt es, daß Herriot über den Standpunkt der französischen Regierung in der gesamten Schuldenfrage dem amerikanischen Botschafter ein Memorandum ausgehändigt habe, das dieser auf dem Wahlingtoner Regierung übermittelte

Bankgouverneur Norman in New York eingetroffen.

New York, 31. 12. (Durch Funkspruch.)

Der Gouverneur der Bank von England, Norman, und der Direktor der Bank, Anderson, sind mit einem finanziellen Spezialauftrag der britischen Regierung hier eingetroffen. Nach einer Meldung der „New York Times" werden sie mit Staatssekretär Hughes die Frage der Schulden zwischen den Alliierten und der sich daraus ergebenden Probleme behandeln.

Nach einer weiteren Meldung der „New York Times" besaßen sich New Yorker Bankiers zurzeit mit der Vorbereitung von Plänen zur Flüssigmachung von 50 Millionen Dollar einer neuen Anleihe für französische Gesellschaften.

Die Bankiers äußerten, daß alle diese Pläne bis zur Klärung der Kriegsschuldenfrage vertagt werden müßten.

Kreditsperre Amerikas?

New York, 31. 12. (T. U.)

Nach Meldungen aus Washington beabsichtigen maßgebende Kongreßmitglieder in den nächsten Tagen eine Entschließung im Kongreß einzubringen, wonach den europäischen Nationen keine Anleihe mehr gewährt werden soll, falls die französische Regierung auf Clémenteis Standpunkt verharre. Ein derartiges amerikanisches Verbot solle erst wieder aufgehoben werden, wenn Frankreich durch die Tat beweise, daß es seinen Verpflichtungen nachkomme.

Die italienischen Krisenmacher.

Das Ministerium Mussolini zum Kampf entschlossen.

fr. Mailand, 31. 12. (Eigenbericht.)

Der gestrige außerordentliche Ministerrat findet im Lande ein außerordentliches Interesse, das sich zunächst einmal darauf beschränkt, das etwas dunkel und allgemein gefaßte Kommuniqué, das am Schluß der Sitzung ausgegeben war, richtig zu deuten. Danach erscheint: als Wesentliches, daß der Kabinettsrat einstimmig beschlossen hat, der ernsten Lage die Stirn zu bieten. Mit anderen Worten will man die Gefahr zunächst beschwören, daß die liberalen Minister Carnocchi und Casati dem Beispiel ihres unbeamteten Parteifreunds Salandra folgen und abdanken. So braucht Salandras verschleierte, aber doch sehr ostentative Geste, die in seinem Rücktritt vom Vorsitz der Budgetkommission liegt, noch nicht als vorgeschrieben für das Ministerium angesehen zu werden, um es zum Rücktritt zu veranlassen. Die beiden liberalen Minister haben gestern abend noch mit Salandra nach dem Kabinettsrat verhandelt.

Es wird dadurch nun die Lösung der Krise zum mindesten auf eine Zeit verschoben, wo die parlamentarischen Körperschaften wieder versammelt sind. Bereits in der Eröffnungssitzung der Kammer am 3. Januar wird Mussolini das Wort ergreifen, und dann wird es sich ja zeigen, ob die Rechtsliberalen unter Salandra zur Opposition abschwenken oder weiter Mussolini die Treue halten, wie ihre Mailänder Freunde es wollen.

Die einmütige Haltung des Ministerrates war überdies stark beeinflußt durch die Ausführungen des Finanzministers de Stefani über die Rückschläge der Politik auf die finanzielle und wirtschaftliche Lage. Insbesondere bestehe die erste Absicht, die auch durch den Kommentar des „Popolo d'Italia" bestätigt wird, vorläufig durchgegriffen. Das Pressedekret soll wieder energischer behandhabt und die beschlossenen Tarife beaufsichtigt werden.

Also in allem, das Ministerium Mussolini denkt nicht daran, zurückzutreten, sondern macht ab, und zwar mit dem ernsten Willen, auszuhalten und den Kampf zu bestehen.

Rom, 31. 12. Verschiedene Blätter wollen, daß der faschistische Großrat Mussolini Vollmacht erteilen wegen eines Ueberfalls auf den Abgeordneten Forni, wo die Kammer zusammen war, in diesen Tagen nach Neujahr abgerufen sei.

Wechsel von den italienischen Auslandsvertretungen.

Paris, 31. 12. (T. U.) Aus Rom wird gemeldet, daß eine Neubesetzung der diplomatischen Auslandsposten bevorstehe. Der italienische Botschafter in Wahington, Gaetani, wird von seinem Posten zurücktreten. Der Gesandte in Tokio de Martini wird nach Washington und der Brüsseler Botschafter Orsini nach Warschau versetzt werden. Der italienische Gesandte in Berlin, Garbato, wird voraussichtlich nach Tokio gehen.

Herbette bei Krassin.

st. Paris, 31. 12. (Eigenbericht.)

Herr und Frau Krassin haben gestern zu Ehren für Moskau bestimmten französischen Botschafters Herbette und Frau ein Essen gegeben, wobei Diplomaten und französische Politiker, ferner die Senatoren de Monzi und Benerry teilnahmen. Am Sonntag fand eine private Festlichkeit beim russischen Botschafter statt, zu der eine zahlreiche elegante Gesellschaft mit Damen erschien. Trotzdem sind die Blätter sehr pessimistisch, was die russischen Schulden an Frankreich anlangt.

Mister „A".

mrk. London, 31. 12. (Eigenbericht.)

Die aus Kalkuna gemeldet wird, hat die englische Regierung beim Thronerben von Afghanistan aus dem Robinson-Prozeß bekannten Mr. Harry Singe (Mister „A"), Schritte unternommen, um ihn zur Reise nach London zu bewegen. Hier soll er durch seine Aussagen die ins Stocken geratenen Gerichtsverhandlungen in Schwung bringen. Welche verhängnisvollen Folgen der Robinson-Prozeß und der galante Pariser Abschede für den Thronerben von Afghanistan hat, geht daraus hervor, daß er vorerst den Vorsitz im Staatsrat niedergelegt hat. Nun wird noch gemeldet, daß in Afghanistan eine Bewegung im Gange sei, die bestrebt sei, den Harry zum Verzicht auf den Thron zu veranlassen und den Adoptivsohn seines Onkels, des jetzigen Maharadschahs, als Thronerben einzusetzen.

Kurze Nachrichten.

Washington, 31. 12. (Reuter.) Der Marineausschuß des Repräsentantenhauses beschloß, eine Untersuchung über die Verhältnisse der Flotte anzustellen. Marineminister Wilbur wird am 8. 1. vor dem Ausschuß seine Vorschläge machen.

Rom, 31. 12. Der Groß-Pönitentiar **Kardinal Giorgi**, der nach der vorvorigen Tagen vom Papste bei der Oeffnung der Heiligen Pforte ein goldenen Hammer geschickt hatte, ist nach zweitägiger Krankheit an einer Lungenfellentzündung **gestorben**. Der Kardinal war 1855 in Valmontone in der Provinz Rom geboren.

San Francisco, 31. 12. Auf den **japanischen Dampfer** „Giyro Maru" brach auf der Höhe von Acapulco (Mexiko) **Feuer** aus. Alle 75 Fahrgäste wurden von einem amerikanischen Dampfer an Bord genommen.

Paris, 31. 12. Havas meldet aus Tanger, daß **Prinzo de Rivera** in den letzten Tagen sämtliche Amtsfunktionen an einer Kontrolle abgenommen berufen hat und am 3. Januar nach Madrid abfährt, um den König und das Direktorium über den Stand der Lage in Spanisch-Marokko zu unterrichten.

Belgrad, 31. 12. Die Aufständischen haben **Stutari besetzt**. Gegen Albanien befindet sich jetzt in ihrer Hand. Eine kleine 600 Mann starke Abteilung der Truppen fünf Reiß hält sich zurzeit noch in der Gegend von Kruma auf.

Belgrad, 31. 12. In Ljubljako in der Herzegowina kam es zwischen den Radikalen und den kroatischen Republikanern zu einem Zusammenstoß in dessen Verlauf die Gendarmerie mit Waffengewalt einreiste. Noch noch nicht bestätigten Meldungen wurden **drei kroatische Bauern getötet** und sieben verwundet.

Die Deckung des Staatsbedarfs.

Von
Regierungsrat **Dr. v. Lilienthal**, Berlin.

Wir stellen die nachstehenden Ausführungen zur Diskussion.

Das staatliche Finanzproblem zerfällt regelmäßig in zwei Teile. Einmal ist die Frage zu lösen, welche Summen durch die Abgaben aufgebracht werden sollen, und hieran schließt sich die weitere Frage, in welcher Weise die Steuern zu erheben sind. Für das Deutsche Reich hat das Finanzproblem allerdings noch die dritte Seite: es ist zu entscheiden, wie sich Reich, Länder und Gemeinden in die erzielten Steuersummen zu teilen haben. Die Bestimmung der Höhe der aufzubringenden Steuerbeträge bietet für uns — leider — keine allzu großen Schwierigkeiten. Zweifellos müssen unsere eigenen Bedürfnisse auf das denkbar geringste Maß eingeschränkt und ferner versucht einmal die ausländischen Gläubiger abredegemäß befriedigt werden. Die Erfüllung dieser Aufgaben schließt die Uebernahme von Steuerlasten ganz ungewöhnlicher Art in sich. Aber der Staatsbedarf ist gleichfalls eindeutig durch die Lebensmöglichkeit des Volkes und die Höhe der zu begleichenden Schulden bestimmt, so daß über die Quantität der zu erhebenden Abgaben kaum ernstliche Meinungsverschiedenheit herrschen kann. Um so freiziger wird das künftige System der Steuern sein, von dem auch die Gesamtlung des Finanzausgleichs wesentlich abhängen dürfte.

In wirtschaftlich ruhigen Zeiten sind die Anforderungen an das geltende Steuersystem verhältnismäßig beschieden. Man erwartet von der Steuer, daß sie eine bestimmte, im Staatshaushalt festgesetzte Summe erbringe, und ist zufrieden, wenn sie diese Aufgabe erfüllt. Erwünscht es da die Steuer gar nach, sich den Anschein zu geben, als ob sie nach höheren Gesichtspunkten — wie etwa denen der Gerechtigkeit — orientiert sei, so erwirbt sie so hohes Lob, wie es das Mängelsche System der progressiven Einkommensteuer noch heute in den ganzen Kulturwelt ernten konnte. Technische Fehler des Steuersystems fallen in solchen glücklichen Perioden kaum ins Gewicht, da die Steuerlasten so unerheblich sind, daß selbst eineige Ecken und Kanten niemanden spürbar drücken. Die Tatsache, daß Fehler eines Steuersystems sich bei niedrigen Sätzen nicht bemerkbar machen, wird außerordentlich wichtig, sobald man anfängt, Vergleiche zwischen Vergangenheit und Gegenwart zu ziehen. Denn die Erkenntnis, daß die günstiger finanzieller Lage des Staates sich ein Steuersystem überhaupt nicht dafür erproben läßt, ob es die Wirtschaft behindert, wird es geraten scheinen lassen, sich in Zeiten wie heutiger nur unter Anwendung größter Vorsicht auf die Erfolge früherer steuerlicher Maßnahmen zu berufen. Jedenfalls aber wird man sich bei jeder Rückschau gegenwärtig halten müssen, daß Forderungen der Art, wie sie heute an die Steuer gestellt werden, noch vor kurzem gänzlich unbekannt waren.

In der Tat sind diese Anforderungen zahlreich und sehr mannigfaltiger Art. Man verlangt u. a. von der Steuer, daß sie einen billigen Ausgleich der Besitzverhältnisse herbeiführe, notwendige Lebensbedürfnisse nicht verteuere, Kriegs- und Revolutionsgewinne für die Allgemeinheit beschlagnahme, gleichzeitig die Ansammlung von Sachkapital, auch denn die Wirtschaft ihre Kreditbedürfnisse befriedigen könne, begünstige, den Export erleichtere, keine unnötigen Reibungen in der Struktur des Wirtschaftslebens, wie etwa eine Lähmung der vertikalen Vertrustung, herbeiführe und überhaupt die freie Entfaltung des Wirtschaftslebens nicht störe. Es liegt auf der Hand, daß Forderungen der genannten Art sich nicht durchweg miteinander vereinigen lassen. Schwierig als diese Erkenntnis ist die Angabe der Richtlinie, die für die Gestaltung des Steuersystems maßgebend sein sollen. Dennoch muß bald eine klare Entscheidung über diese Richtlinie fallen.

Eine gewisse Gefahr für die künftige Entwicklung des Steuerrechts liegt darin, daß die Politik — im engeren Sinne der Parteidoktrin genommen — hierbei allzu entscheidenden Einfluß gewinnen könnte. Wie die Gestaltung der Steuerregeln sind selten geeignet, Weltanschauungen auszuführen. Die Steuer aber paßt zu jedem Zweckes hervorragend, da ihre scharfen Eingriffe in das Privatleben nur erzwungen werden können, wenn sie nach strenge objektiven Geschäftspunkten erfolgen. Man wird sich also wohl darauf beschränken müssen, die Steuer den Erwägungen der Rüstlichkeit unterzuordnen und den Bedürfnissen der Wirtschaft möglichst weitgehend anzupassen. Hierbei darf Wirtschaft aber nicht nur als Interessensphäre einiger besonders bedeutsamer Erwerbskreise verstanden werden. Wirtschaft in diesem Sinne soll vielmehr eine Umsatzung der auf materiellen Fortschritt gerichteten Bestrebungen aller Volksgenossen bedeuten. Ein solcher Fortschritt wirtschaftlicher Art stellt sich letzten Endes vorwiegend in der Vermögensbildung dar. Wie die Besitzverhältnisse einen angemessenen Vermögens das letzte und bereitzige Bemühen jedes Kaufmanns ist, so wird auch der Privatmann bestrebt sein, Ersparnisse zu machen und dem Haushalt dienliche Sachgüter zu erwerben. Dieses wirtschaftliche Streben kann die Steuer zwar naturgemäß nicht unmittelbar beeinflussen, sie darf es aber auch nicht durchgreifend behindern, sonst würde sie sich auf die Dauer in unlösbaren Gegensatz zu den Bürgern des Staates bringen. Es ist daher zunächst der Satz aufzustellen, daß die Steuer Raum für eine angemessene Kapitalbildung zu lassen hat.

Als besonders bedeutsam sind ferner die Zusammenhänge zwischen Ausfuhr und Besteuerung anzusehen. Ueberall beruht der Wohlstand eines Volkes wesentlich auf einem kräftigen Export. Für Deutschland aber ist die Entwicklung des Ausfuhrhandels geradezu von entscheidender Wichtigkeit, da der ganze Dawes-Plan von der Vorausetzung einer künftigen Steigerung des deutschen Exportes ausgeht. Die steuerlichen Bestimmungen müssen also berücksichtigen, welche Wirkungen sie auf den Export ausüben. Eine direkte Steigerung des Exportes kann